Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,60 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Hoffmann in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis 10 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.

Nr. 207. Bielefeld, Freitag, 4. September 1896. 7. Jahrgang.

Der Gothaer Parteitag.

Die soeben veröffentlichte provisorische Tagesordnung des kommenden Parteitages enthält zwar volle 11 Punkte, sie ist aber leider keineswegs ebenso inhaltreich, wie sie lang ist. Sieht man vom regelmäßig wiederkehrenden Verhandlungsstoff der Parteiberichte, diesem eisernen Bestandteil jedes Parteitages, sowie vom Geschäftsmäßigen, wie die Parteiwahlen, und dem Zufälligen ab, so bleiben zur besonderen Charakteristik des Parteitags nur die Punkte 4 bis 8. Hier begegnen wir nun als besonderen Punkt der Tagesordnung der Berichterstattung über den Londoner Kongreß. Wir sehen nicht gut ein, was man eigentlich vom Parteitage aus anderes darüber dem Lande sagen könnte, als was bereits die einzelnen Delegierten in ihren Berichten und die Parteipresse gesagt haben? Ein Beschluß wäre zu fassen nur etwa bezüglich der Berufung des nächsten Kongresses nach Deutschland. Aber viel läßt sich darüber jetzt nicht bestimmen, da ja die Geschichte erst 1899 sich abspielen wird. Unseres Erachtens könnte man die Sache sehr gut unter den „verschiedenen Angelegenheiten" erledigen. Jedenfalls wird dieser Gegenstand nicht viel Zeit in Anspruch nehmen.

Als eigentlicher Verhandlungsstoff in Gotha sind also aufzufassen: „Die Maifeier 1897" — „Das Proportionalwahlrecht" — „Die Frauenagitation" — „Organisation". Die Frage der Parteiorganisation ist aktuell geworden infolge der bekannten Berliner Auflösung. Von agitatorischer Bedeutung ist die Erörterung der Arbeiterinnen-Bewegung. Mit dem Proportionalwahlrecht dagegen pressierts nicht. Es ist ein Lückenbüßer. Die Sache kann erörtert werden — oder auch nicht. Schließlich die Maifeier. Diese wird nun ebenfalls zu einem eisernen Bestandteil der Parteitage, ohne daß etwas neues gesagt oder gethan wird. Es bleibt immer dasselbe: wir wollen die Arbeitsruhe, aber dekretieren können wir sie nicht.

Man ist allerdings nicht verpflichtet, jedes Jahr epochemachende Beschlüsse zu fassen. Aber ist denn thatsächlich in diesem Augenblick nichts wichtigeres zur Erörterung vorhanden, als die politisch technische Frage des Proportionalwahlsystems? Diese Frage hat für Deutschland vorläufig nur eine akademische Bedeutung. Aber ist denn in der ökonomischen und politischen Entwickelung der Gegenwart nichts geschehen, was berücksichtigt werden muß? Hat sich seit dem Vorjahre gar nichts verändert? Nichts ist geschehen? Stille ruht über den Gewässern?

Die „Organisation" soll erörtert werden. Ist das unsere einzige Antwort auf den Köllerschen Streich? Gegen Willkür schützt keine Organisationsform. Darum genügt es nicht, daß man sich den neuen Polizeigrillen anpaßt, sondern man muß zugleich Sturm laufen gegen die Koalitionsverbote überhaupt. Unsere Losung muß sein: sofortige ausgedehnte Agitation für vollständige Koalitionsfreiheit. Die Situation ist sehr günstig. Sind doch die bürgerlichen Parteien mitgetroffen und ist doch bereits der § 8 des preußischen Vereinsrechts ernstlich bedroht. Es gilt aber auch bekanntlich, zu verhindern, daß der Reichstag sich nicht diese Materie entziehen läßt, und die einzelnen Landtage am Vereinsrecht herumdoktern in einer Weise, wie man sie sich leicht denken kann. Die Sache ist also politisch höchst aktuell und gehört deshalb auf die Tagesordnung des Parteitages. Es genügt nicht, sie etwa unter „Parlamentarischem" zu behandeln. Denn worauf es ankommt, ist nicht bloß ein diesbezüglicher Antrag im Reichstage — hatten wir ja schon — sondern daß eine allgemeine politische Agitation für die Koalitionsfreiheit in Versammlungen, in der Presse und im Parlament sorgfältig eingeleitet und durchgeführt wird.

Die Frage der Koalitionsfreiheit ist aber auch in wirtschaftlicher Beziehung in Anbetracht des gewerkschaftlichen Kampfes aktuell. Je mehr sich die Gewerkschaften regen, desto mehr setzt das Ausbeutertum alle Mittel in Bewegung, um sie zu unterdrücken. Schon die Streiks dieses Frühjahrs haben ja in dieser Beziehung sehr kennzeichnende Erscheinungen gezeitigt. Deshalb handelt es sich vor allem darum, das bischen Koalitionsrecht zu wahren und die Koalitionsfreiheit zu erkämpfen.

Die Auflösung des Parteivorstandes und der Berliner Wahlvereine und das Aufstreben der Gewerkschaften infolge des industriellen Aufschwunges, das sind zwei neue Erscheinungen, die man vor einem Jahr nicht vorausgesehen hat, und es sind die Gründe, weshalb jetzt die Agitation für die Koalitionsfreiheit zur aktuellen Notwendigkeit wird und weshalb dieser Gegenstand auf die Tagesordnung des Gothaer Parteitages gebracht werden muß.

Wenn man dem Londoner Kongreß Rechnung tragen will, so geschieht das besser, wenn man seine Beschlüsse befolgt, als wenn man bloß über diese Beschlüsse einen Vortrag hält. Unter den Beschlüssen des Londoner Kongresses befindet sich aber auch der, daß man die nächste Agitation auf die Erringung des Achtstundentages und den Schutz der Hausindustriellen zu richten habe.

Auch in Bezug auf diese Dinge hat sich die Situation seit Breslau stark verändert. War schon in der zweiten Hälfte 1895 der Zustand der Geschäftsflaue ziemlich überstanden, so befinden wir uns jetzt inmitten eines industriellen Aufschwunges, wie ihn Deutschland schon lange nicht gehabt hat. Darin stimmen sämtliche Handelsberichte überein. Gleichzeitig lassen sämtliche Handelsnachrichten vermuten, daß wir es dabei mit einer relativ anhaltenden Entwickelung zu thun haben. Kann es nun einen besseren Zeitpunkt geben, um den Arbeitern wirtschaftliche Vorteile auf dem Wege des gewerkschaftlichen Kampfes wie auf dem der sozialpolitischen Gesetzgebung zu erringen?!

Aber, weshalb zögert man? Die sozialdemokratische Partei ist doch nicht bloß etwa dazu da, um durch ihre Vertreter im Reichstage die Duellfrage, die Leistschen Greuelthaten zu erörtern, mit dem Pfarrer Schall über die Wesenheit des Christentums zu disputieren und ähnliches mehr. — sondern sie hat vor allem die Forderungen der Arbeiter, soweit möglich, in der Gegenwart schon zur Geltung zu bringen. Und sind denn die Forderungen des Achtstundentages und der Beseitigung des Schwitzsystems nicht wichtig genug? Also, weshalb wartet man? Worauf wartet man? Wann soll denn eine planmäßige Agitation für den Achtstundentag eröffnet werden, wenn nicht jetzt? Man hat sich jahrelang auf die wirtschaftliche Depression berufen, die jedes energische Vorgehen auf diesen Gebieten vereitelte, warum ignoriert man jetzt den industriellen Aufschwung?

Man ignoriert den industriellen Aufschwung, man ignoriert die Streiks. Die Kapitalisten dagegen sind nicht mit Blindheit geschlagen, sie wissen gut, woran sie sind. Sie haben im Frühjahr beigeben müssen, und jetzt suchen sie in allen Berufen, in denen die Saison vorbei ist, die früheren Zugeständnisse rückgängig zu machen. Das gelingt ihnen auch vielfach und gelingt einzig und allein aus dem Grunde, weil die Arbeiterorganisationen zu schwach sind. Das haben vor allem die Schneider erfahren müssen. Gerade in Bezug auf die Schneider zeigt es sich ganz besonders, wie es notwendig ist, daß gewerkschaftliche Errungenschaft und sozialpolitische Gesetzgebung sich ergänzen. Die Schneider werden, wenn die kommende Saison günstig anhebt, ihren Kampf wohl wieder eröffnen, und da gilt es, ihnen gleichzeitig politisch in die Hand zu arbeiten. Schon deshalb gehört die Frage der Hausindustrie auf den Parteitag, und zwar kann man sich nicht mehr mit einer allgemeinen Resolution begnügen, sondern man muß ein spezielles sozialpolitisches Programm aufstellen. Es gilt aber auch, vom Parteitage aus dafür zu sorgen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen gestärkt werden. Nach den Erfahrungen des Frühjahrs 1896 darf es nicht passieren, daß auch das Frühjahr 1897 die deutsche Arbeiterklasse unvorbereitet findet.

Ueber die Maifeier will man debattieren. Aber die Maifeier hat in Deutschland nur eine Bedeutung, wenn gleichzeitig eine allgemeine und energische Agitation für den Achtstundentag stattfindet. Folglich, wenn man die Maifeier will, so muß man sich vor allem mit der Frage der Erringung des Achtstundentags beschäftigen. Ohne das nützt alles Gerede nichts.

Die Fragen des Achtstundentages und der Hausindustrie gehören nicht blos auf die Tagesordnung des Parteitags, sondern sie müssen dessen hauptsächlichen Verhandlungsstoff bilden.

Und nun wollen wir noch eine Frage erwähnen, die ebenfalls zur Verhandlung gehört. Das ist: Die Parteipresse und die sozialistische Propaganda. (Alle diese Vorschläge sind schon in der Broschüre „Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie" von Parvus erörtert worden.) Man hat sich noch nie allgemeine Rechenschaft gegeben, was in Bezug auf die Propaganda der

---

Allerhand Proletarier.

Von A. Otto-Walster.

42 [Nachdruck verboten.]

„Hülfe, Mörder", erklang es nun auch von oben, „Man mordet, zu Hülfe, zu Hülfe — ach, ich bin des Todes! Weh, o Gott sei meiner Seele gnädig."

Ein schwerer dumpfer Fall erfolgte in der Tiefe des Kellers.

„Zu Hülfe, zu Hülfe, man mordet in diesem Keller, Räuber, Mörder, Polizei."

Ein furchtbarer Tumult entstand im Hause, alles lief zusammen, von der Straße kamen die Leute herbeigeströmt, bis die Kriminalpolizei die Hausthür besetzte und jedermann Ein- wie Ausgang untersagte.

Der Schreiber hatte endlich seine Blendlaterne herausgebracht, er stand wie ein Erzkandelaber da und sah still und bedächtig auf die wüste Scene. Bleich und an allen Gliedern schlotternd lehnte der Hauswirt an der feuchten Kellermauer. Die Hausmannsfrau aber, an konvulsischen Zuckungen leidend, hatte sich an einen jungen Mann angeklammert und schrie in einem Atem;

„Hülfe, Mörder, Mörder, Räuber, Hülfe."

Etwas weiter zurück stand der Maler, von zwei Polizeiagenten festgehalten, bleich und stumm. Und eben so bleich und stumm verharrte eine weißgekleidete hohe Mädchengestalt nahe an der Treppe.

„Alles bleibe an Ort und Stelle stehen", sprach jetzt eine kräftige und zuversichtliche Stimme im Hintergrunde, und eine hochgewachsene Gestalt schritt von der Kellertreppe herunter in den matterleuchteten Raum. Es war ein Polizeilieutenant, dem ein Schutzmann mit einer großen helleuchtenden Laterne folgte.

Bei seinem Näherkommen klappte der Schreiber ganz ruhig das Blech seiner Blendlaterne zusammen, und weil die helle Laterne des Schutzmanns das Licht reichlich ersetzte, merkte niemand das Verschwinden dieses Lichts.

Der Polizeilieutenant ließ einen prüfenden Blick über die Anwesenden gleiten und fragte dann zunächst den festgenommenen Maler:

„Wer sind Sie, mein Herr?"

„Ich heiße Frohner und bin Maler."

„Wo wohnen Sie?"

„Ich wohne in der vierten Etage dieses Hauses."

„Wie kommen Sie hierher?"

„O, ich ging durchs Haus, hörte im Keller Geräusch ganz merkwürdiger Natur, will sehen, was es giebt und trete einen Schritt hinunter; da kommt die Hausmannsfrau hinunter. Ich laufe ihr nach, um zu sehen, ob sie sich weh gethan, und auf einmal werde ich festgehalten."

„So, so, und Sie, mein Herr?" wandte sich der Polizeilieutenant an den Schreiber. „Ach, Sie sind Herr Schnürer, Sie kenne ich. Wie kommen Sie hierher in den Keller?"

„Wie jener zur Ohrfeige, Herr Polizeilieutenant. Ich gehe die Treppe hinunter, um mir einen Krug Wasser zu holen. Höre im Keller Angstschreie und laufe blindlings hinunter und so bin ich da."

„So, und wer ist denn dieser Mann?"

„Das ist unser Hauswirt, Herr Schnober, ein Hasenfuß erster Größe, der hat sich im Keller vor etwas gefürchtet und ist schuld an dem ganzen Skandal", erklärte der Schreiber.

„Was machten Sie denn im Keller so ganz ohne Licht, Herr Schnober? Haben Sie Wein, oder wollten Sie vielleicht Ihre Papiere vergraben?"

„Mein Licht ist mir ausgegangen oder ausgeblasen worden, ja, ja, bei jener Thür", murmelte der Hauswirt, an allen Gliedern zitternd, „o, Herr Polizeilieutenant, ein Hauswirt, ein besitzender Bürger ist heutigestags nicht mehr sicher in seinen eigenen vier Pfählen, sogar in seinem Keller trifft er auf räuberisches Gesindel."

„Nun, was ist Ihnen denn passiert?

„O, wie mein Licht ausgelöscht ist, trifft mich auf einmal eine fremde unsichtbare Hand, eine Mörderhand. Wenn die Behörde da nicht eingreift, giebt's keine Behörde mehr."

„Nun, mir scheint, das Ganze läuft auf eine einfache Erschreckungsgeschichte hinaus, auf einen blinden Lärm. Es ist niemand etwas geschehen, niemand hat einen Angriff auf Person oder Eigentum zu beklagen. Doch hier, wer sind denn Sie, junger Herr?"

„Ich bin Kaufmann und durch den Lärm hier herbeigezogen worden."

„Es ist nicht wahr, Herr Generalpolizeirat, es ist nicht wahr; vor mir ist niemand hereingekommen", schrie die Hausmannsfrau; „als ich hinunterfiel, wollte dieser Mensch herausflüchten, ich fiel auf ihn, und er ist schuld, daß ich nicht ganz heruntergefallen bin. Darum habe ich ihn auch festgehalten, denn er ist schuld an meinem Tode. So ein Fall hat mir schon längst geschwant, ich habe es schon längst zu meinem Alten gesagt. Müller, sagte ich schon vor einem Jahre zu meinem Alten, Müller, ich habe eine Ahnung . . . ."

„Schweigen Sie mit Ihren Ahnungen, die gehen uns gar nichts an."

„Was? die Polizei will nichts mehr auf Ahnungen geben? Ich werde mich beim Minister beschweren, ja, der König soll . . . ."

„Herr Lieutenant, das ist der junge Mann, der am Sonnabend unsern Kameraden hier auf der Straße geschlagen hat. Ich erkenne ihn ganz genau an seinem violetten Schlipse", bemerkte jetzt der eine Schutzmann, der so gut, wie sein Kollege, den Maler losgelassen hatte.

„Ach, so, gestehen Sie zu?"

„Ich gestehe."

„So so. Jetzt erklärt sich mir der ganze Fall. Sie hatten sich am Sonnabend in diesen Keller geflüchtet?"

„Ja, so war es."

„Und heute sind Sie im Dunkel des Kellers mit Herrn Schnober zusammengestoßen?"

„Ja, ich wollte aus meinem Versteck entfliehen."

„Nun, dann ist ja die ganze Geschichte vollkommen erklärt. Sie, Herr, wie heißen Sie?"

„Julius Hernig."

„Und sind?"

„Kommis bei Heise und Co."

(Fortsetzung folgt.)

---

rn lieben Eltern zur [2133*
ernen Hochzeit die
hsten Glückwünsche
en dankbaren Kindern
Stuphorn u. Frau
bst Geschwister.
hnstein, Bielefeld,
. September 1896.

nserm Freunde
Stuphorn nebst Frau
seiner heutigen
ernen Hochzeit
die [2138*
sten Glückwünsche.
rtsverwaltung des
., Zahlst. Bielefeld.

der Schleifer
deutschen
beiter-Verbandes.
den 4. September,
ends 7 Uhr:
derversammlung
des Herrn Israel,
halle am Kesselbrink.
rdnung im Lokal. [2138*
n Besuch erwartet
Ortsverwaltung.

Deutscher 2136
rbeiter-Verband
stelle Bielefeld.
den 6. September,
gens 10 Uhr:
.-Versammlung
des Herrn R. Kahl.
ung: 1. Aufnahme und
Beiträge. 2. Die Arbeiter-
n den hiesigen Fabriken,
und wie sie sein sollen.
nes.
Ortsverwaltung.

inder-
tattungen
als [1747



chen und Hütchen,
Taillenbändchen,
n, Kinderschürzen.
rdichte Betteinlagen,
dheits-Korsetts,
en. Zahnhalsketten
ußerst billig im
y-Bazar
Sauerland,
Lehrenberg 15.

freier Laufbursche
ge gesucht. [2135*
Bahnhofstr. 34.

sozialistischen Prinzipien geleistet wird und geleistet werden kann. Daß dies aber not thut, wird kaum jemand bestreiten wollen.

Die vom geschäftsführenden Ausschuß aufgestellte Tagesordnung entspricht den von vielen gehegten Erwartungen nicht. Was kommt man uns mit alten Ladenhütern und akademischen Erörterungen, währenddem Fragen von brennender wirtschaftlicher und politischer Aktualität übergangen werden?! Es bleibt denn nichts übrig, als die vorgeschlagene Tagesordnung wie folgt abzuändern:

1. Bericht des geschäftsführenden Ausschusses und der Kontrolleure.
2. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.
3. Die Erringung des Achtstundentages.
4. Der Kampf gegen die hausindustrielle Ausbeutung.
5. Die Koalitionsfreiheit.
6. Die Organisation der Partei.
7. Die Parteipresse und die sozialistische Propaganda.
8. Die Frauenagitation.
9. Das Proportionalwahlrecht.
10. Bericht über den Londoner Kongreß.
11. Sonstige Anträge und Wahl der Parteileitung.

Parvus in der „Sächs. Arbeiter-Zeitung".

Politische Uebersicht.

Bielefeld, 4. September.

— **Zur Reform des Militär-Strafprozesses.** Der langjährige verdiente frühere Auditeur des königlichen Gouvernements in Berlin, Geh. Justizrat W. Solms, schließt jetzt seine schon von uns erwähnten Ausführungen „Zur Frage der Militär-Strafprozeßordnung" in der „Deutschen Juristen-Zeitung", indem er die Anforderungen prüft, welche die Wissenschaft und das allgemeine Rechtsempfinden an eine deutsche Militär-Strafgesetzgebung zu stellen berechtigt sind. Er kommt dabei zu folgenden allgemeinen Sätzen: Das neue Gesetz muß, um seinen Zwecken zu entsprechen, 1. so beschaffen sein, daß seine Anwendung im Frieden wie im Kriege ohne wesentliche Aenderung und Beeinträchtigung erfolgen kann; 2. sich hinsichtlich der Gerichtsverfassung des Verfahrens und der Rechtsprechung möglichst an die bezüglichen bürgerlichen Vorschriften anlehnen; 3. den rechtsgelehrten Militärrichtern eine freiere und unabhängigere Stellung gewähren, während es den Beamten der militärischen Staatsanwaltschaft zufällt, die Beziehungen zu den Militärbehörden und Vorgesetzten zu wahren; 4. das Recht der Verteidigung erweitern und 5. die Berufung vorsehen." Der Verfasser spricht sich für den Grundsatz der Schöffengerichte aus, er regt an, zur Verteidigung nur solche Rechtsanwälte zuzulassen, welche Reserve- oder Landwehr-Offiziere sind und dadurch die Gewähr bieten, daß sie mit den militärischen Verhältnissen vertraut sind, sowie daß er sich im Grundsatze für die Zulässigkeit der Oeffentlichkeit in den militärischen Hauptverhandlungen ausspricht, aber einen Unterschied gemacht wissen will zwischen Verhandlungen über Strafthaten des bürgerlichen und des militärischen Strafrechts. Bei den ersteren tritt der Soldat nicht als solcher, sondern als Staatsbürger vor die Schranken, und die Beschränkung der allgemeinen Oeffentlichkeit werde nur soweit stattzufinden haben, als eine solche gesetzlich (d. h. wohl nach den bürgerlichen Gesetzen) vorgesehen sei. Bei Verhandlungen über rein militärische Strafhandlungen, die ausschließlich Verstöße gegen die militärische Treue, gegen die Pflichten des unbedingten Gehorsams und des vorgeschriebenen Dienstes sich richten, seien aber nur Militärpersonen, unter Berücksichtigung der Rangverhältnisse der Angeschuldigten, zuzulassen, weiteres Publikum aber auszuschließen. Für die Rechtspflege bei der Marine seien Sonderbestimmungen vorzusehen, die durch den längeren Aufenthalt der Schiffe in fernen Weltteilen und ausländischen Gewässern sowie durch den Mangel an Richtern, die nicht jedem Schiffe beigegeben werden können, bedingt seien. Vielleicht sei die Mitwirkung der deutschen Berufskonsuln ins Auge zu fassen.

— **Die alte feudal-junkerliche Tradition,** in welcher der preußische Staat groß geworden ist und welche natürlich in seine kapitalistische Gegenwart nicht mehr hineinpaßt, hat den landwirtschaftlichen Minister die Feder zu einem Entschuldigungszettel an die Junker, schönfärberisch Denkschrift genannt, in die Hand nehmen lassen. In der Denkschrift werden alle die kleinen Mittel angeführt, mit welchen die jetzige Regierung der Landwirtschaft — soll eigentlich heißen den Großgrundbesitzern — zu helfen gesucht hat. Es ist fürwahr eine stattliche Reihe, und mit ihrer Zusammenstellung bezweckt die Regierung, sich gut Wetter bei ihren lieben ungezogenen Kindern, den Junkern, zu machen, weil sie ihnen mit ihrem Lieblingswunsch, dem Antrag Kanitz und dem Bimetallismus, doch nun einmal nicht zu Willen sein konnte.

Ein Gefühl des Neides, so meint die „Köln. Ztg.", könne die übrigen Erwerbsgruppen beschleichen, wenn sie aus der Denkschrift des Landwirtschaftsministers erfahren, wie sehr sich die Regierung der Landwirtschaft annimmt. Das rheinische Organ der Großindustriellen erklärt:

„Schon aus dieser bloßen Aufzählung ist zu ersehen, wie Unrecht diejenigen haben, die fortwährend darüber jammern, daß nichts für die Landwirtschaft geschehe. Wenn Angehörige anderer Berufsklassen die Denkschrift des landwirtschaftlichen Ministeriums lesen, werden sie vielleicht mit einem Gefühl des Neides auf die Landwirte sehen, deren man sich in so kräftiger Weise annimmt, selbst dann, wenn es manchmal auf Kosten anderer Bevölkerungsklassen geschieht. Nur die Landwirte vom Schlage der Plötz werden nicht aufhören, zu schreien, und zwar das Gebotene annehmen, immer aber auf ihrer alten Forderung der „großen Mittel" bestehen bleiben, die sie als Agitationsmittel nicht entbehren können."

Das ist durchaus zutreffend und auch die Voraussagung am Schluß hat sich bereits erfüllt. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung" giebt ihrer Meinung über die Denkschrift dahin kund:

„Mehr als einmal haben wir Gelegenheit genommen, besondere Maßregeln zum Schutze der Landwirtschaft mit geziemendem Danke zu begrüßen. In eine Hymne des Dankes und Preises auszubrechen, liegt aber jetzt, wenige Wochen nach der Ablehnung des Margarinegesetzes, das auch nur ein „kleines Mittel" war, keine Veranlassung vor. Es wird sich ja mehrfach Gelegenheit bieten, die einzelnen Ausführungen der Denkschrift unter die Lupe zu nehmen. Für heute mögen folgende Bemerkungen genügen: Ueberaus wertvoll ist uns das offizielle Zugeständnis, daß in früherer Zeit bisweilen die Interessen der Landwirtschaft vernachlässigt worden sind. Als wir Aehnliches sagten, hat man uns des Demagogentums bezichtigt. Jetzt wiederholt die amtliche „Berl. Korr." dasselbe, was uns damals zum Vorwurf gemacht wurde. Das ist ein erfreuliches Zeichen wachsender Einsicht; und wir hoffen, daß der Tag nicht mehr allzu fern sein werde, wo die Einsicht sich in Thaten, d. h. in wirklich helfende Thaten umsetzt. Denn, wenn es richtig ist, daß die Landwirtschaft früher vernachlässigt worden ist, so hat sie jetzt ein unzweifelhaftes Recht auf besondere Rücksicht. . . . Es liegt uns vollkommen fern, über die Thätigkeit des Landwirtschaftsministeriums und seinen guten Willen abzusprechen. Wenn man aber das Geschehene über seinen thatsächlichen Werth hinaus steigert, so verliert es an Wert und wird minder gewürdigt. Das hätten die Verfasser der Denkschrift etwas mehr berücksichtigen können. . . . Das System der kleinen Mittel, das seiner Zeit unter dem Vorsitze des Kaisers der Staatsrat erwog und empfahl, weist noch bedenkliche Lücken auf. So lange diese Lücken nicht ausgefüllt sind, so lange wenigstens nicht ein verheißungsvoller Anfang damit gemacht ist, so lange noch Forderungen, die weder gegen die Handelsverträge noch gegen andere berechtigte Interessen verstoßen, kurzerhand abgelehnt werden, so lange noch Gesetzentwürfen, die von der gesamten Landwirtschaft gefordert werden, die Zustimmung versagt wird, darf man den Landwirten nicht übelnehmen, wenn sie an der vollkommenen Würdigung ihrer Interessen zweifeln."

Die arme Regierung! Sie könnte einem fast leid thun; so viel Liebeserweisungen an die Junker und das Alles umsonst. Aber das kommt davon, wenn man vor dem Gang der Entwicklung die Augen verschließt oder nicht genug gelernt hat, um Einblick in denselben zu erlangen und ihn zu verstehen. Ganz gewiß ist es zweifellos, daß einzelne intelligente Landwirte bei aller ausländischen Konkurrenz ganz gut werden bestehen können, was aber nicht bestehen kann, das ist das agrarische Eldorado der Junker aus der Feudalzeit; mit allen kleinen Mitteln wird nicht verhindert werden, daß Deutschland mehr und mehr ein Industriestaat wird, die großen Mittel dagegen läßt sich die übermächtige große Industrie deswegen nicht gefallen, weil dieselben Deutschland in seiner industriellen Entwicklung aufhalten würden; aus diesem Dilemma kommen Regierung und Junker nicht heraus. Und so bleibt's denn dabei: Die Junker schreien weiter, die Regierung entschuldigt sich, und über diese kleinen Menschen hinweg zieht majestätisch der Strom der Entwicklung, nach und nach alle diese kleinlichen Interessen in sich begrabend und das Menschenschifflein hinwegführend nach einem Lande, wo man einen Junker nur noch als atavistisches Ueberbleibsel aus einem versunkenen barbarischen Zeitalter anstaunen wird.

Deutsches Reich.

Berlin, 3. Septbr. Den Entwurf eines Gesetzes betr. die Abänderung von Arbeiterversicherungs-Gesetzen veröffentlicht gestern der „Reichs-Anzeiger". Mit der Begründung füllt derselbe 31 enge Spalten des „Reichs-Anzeigers". Es ist unmöglich, heute über den Entwurf ein Urteil abzugeben.

Das Gesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung wird abgeändert.

Durch Bestimmung der Landes-Zentralbehörde kann für das Gebiet des betreffenden Bundesstaates oder für Teile desselben angeordnet werden, daß die zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichteten Schiedsgerichte auch für die Unfallversicherung in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, sowie bei den für eigene Rechnung ausgeführten Bauarbeiten des Bundesstaates, der Verbände und Korporationen zuständig sein sollen, welche auf grund des § 4 Ziffern 2 und 3 des Bau-Unfallversicherungs-Gesetzes vom 11. Juli 1887 die Unfallversicherung selbständig durchführen. Diese Anordnungen sowie der Zeitpunkt ihres Inkrafttretens sind von der Landes-Zentralbehörde durch das zu ihren amtlichen Bekanntmachungen bestimmte Blatt, sowie in sonst geeigneter Weise zu veröffentlichen und dem Reichskanzler mitzuteilen.

Soweit solche Anordnungen getroffen werden, treten § 49 Abs. 1, §§ 50 bis 53, § 54 Absatz 2 bis 5, § 105 des Gesetzes vom 5. Mai 1886 (Reichs-Gesetzblatt S. 132) sowie § 47 des Gesetzes vom 11. Juli 1887 (Reichs Gesetzblatt S. 278) und § 6 des Gesetzes vom 28. Mai 1885 (Reichs-Gesetzbl. S. 159), soweit sich diese Vorschriften auf die Schiedsgerichte des Staates und der bezeichneten Verbände beziehen, außer kraft.

Die Kosten des Schiedsgericht und des Verfahrens vor demselben werden auf die an demselben beteiligten Versicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften und sonstigen Verbände unter Berücksichtigung der Zahl der in den beiden letzten Kalenderjahren vor Inkrafttreten dieses Gesetzes für die beteiligten Stellen entschiedenen Streitfälle nach näherer Bestimmung der Landes-Zentralbehörde verteilt.

Bei Bemessung der Invalidenrente wird für Beiträge der 4. Lohnklasse, welche bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes entrichtet sind, der bisherige Steigerungssatz von 13 Pfg. beibehalten.

Bei Bemessung der Altersrente kommen für Personen, welche schon vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes versichert waren, die Bestimmungen des Gesetzes vom 22. Juni 1889 zur Anwendung, sofern sich aus denselben für diese Personen eine höhere Altersrente ergiebt, als nach den Bestimmungen dieses Gesetzes. Dabei werden jedoch auch vor dem Ablauf des Jahres 1900 die Steigerungssätze zu Grunde gelegt, welche den nach dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 22. Juni 1889 entrichteten Beiträgen entsprechen, und zwar, wenn die Beiträge in verschiedenen Lohnklassen entrichtet sind, im Verhältnis der Zahl der in den einzelnen Lohnklassen entrichteten Beiträge.

Königsberg, 2. Sept. Zur Börsengartenaffäre liegen schon wieder, wie der „Volks-Ztg." geschrieben wird, verschiedene neue und charakteristische Mitteilungen vor. Zuerst mag das Gerücht verzeichnet werden, das schon seit einiger Zeit hier kursiert und immer bestimmter auftritt, daß nämlich von einflußreicher Seite auch auf andere königliche Behörden ein Druck dahin auszuüben versucht wird, sich dem Vorgehen der Regierungsbeamten und der Offiziere anzuschließen und den Börsengarten zu boykotten. Genannt wird dabei beispielsweise die Eisenbahnbehörde. Ob die Gerüchte auf Wahrheit beruhen, läßt sich bei der Heimlichkeit, mit der diese Dinge behandelt werden, nicht mit Sicherheit feststellen, jedenfalls werden sie allgemein geglaubt. Des weiteren wird jetzt durch die „Hartungsche Ztg." bekannt, daß eines der hiesigen Korps sich schon früher mit der Börsengartenangelegenheit befaßt hat. Der ganze gegenwärtige Streit ist bekanntlich zurückzuführen auf eine Duellangelegenheit zwischen dem Amtsgerichtsrat A., der Mitglied der Direktion des Börsengartens ist, und dem Regierungsassessor U., der mit A. in Streit geriet, weil dieser ihn wegen seines Benehmens zurechtwies. Assessor U. sandte darauf dem Amtsgerichtsrat eine Forderung, die dieser ablehnte. Herr U. machte davon dem Korps Anzeige, welchem Herr A. als alter Herr angehörte und der C. C. forderte darauf Herrn A. zur Rückäußerung über die Anzeige auf. Amtsgerichtsrat A. erklärte sich nun dazu bereit unter der Bedingung, daß das Korps daraus kein Recht zur Jurisdiktion über ihn herleite. Das Korps bestand jedoch auf dieser Jurisdiktion, und zwar sogar unter Ausschluß der alten Herren. Darauf erklärte Herr A. den schneidigen jungen Herren, daß er angesichts seiner amtlichen und Lebensstellung sich der von dem Korps beanspruchten Jurisdiktion um so weniger unterwerfen könne, als zur Zeit seiner Aktivität eine derartige statutarische Bestimmung nicht bestanden habe. Herr A. dankte gleichzeitig für die Ehre, dem Korps noch ferner anzugehören und sandte dem Korps das Band zurück. — Diese Unverschämtheit von unreifen Burschen, welche noch nichts weiter als Söhne ihrer Väter sind, über einen gereiften Manne zu Gericht sitzen zu wollen, zeigt am deutlichsten, wohin es schließlich führt, wenn die Regierung die bestialische Rohheit des Duellunfugs fortwährend mit Handschuhen anfaßt. Im übrigen ist für uns die ganze Börsengartenaffäre zu Königsberg interessant als Probe auf das Exempel, was das Bürgertum gegen Bureaukratie und Militarismus noch zu leisten vermag; es befindet sich bei diesem Konflikt in einer überaus günstigen Stellung, und trotzdem glauben wir nicht, daß es siegreich daraus hervorgehen wird.

Mainz, 2. Sept. Die Wahlbewegung im Wahlkreise Mainz-Oppenheim hat ihren Anfang genommen. In der Stadthalle fand am Montag Abend eine von 3500 Personen besuchte, von der sozialdemokratischen Partei einberufene Volksversammlung statt. Zunächst erstattete der Abgeordnete Ulrich als Vertreter der Stadt Mainz im hessischen Landtag Bericht über die Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten in der Zweiten Kammer, während der Reichstagsabgeordnete Molkenbuhr-Hamburg über die Thätigkeit der Sozialisten im Reichstage referierte. Der Kandidat für die bevorstehende Reichstagswahl, Redakteur Dr. David, hielt seine Kandidatenrede, die mit vielem Beifall aufgenommen wurde. Schließlich wurden Redakteur Dr. David und Schriftsetzer Haas als Kandidaten für die bevorstehende Wahl zum hessischen Landtag proklamiert.

— Wie steht's mit der Zentrumspartei in Mainz? Mit dieser Frage beschäftigt sich die ultramontane „Köln. Volks-Ztg.". Sie klagt, daß sich innerhalb der Zentrumspartei für die demnächstige Reichstagswahl noch nichts rühre, während die Sozialdemokratie bereits eine lebhafte Thätigkeit entfalte. „Das ist" — fährt das Blatt fort — „eine unerfreuliche Nachricht, welche zu wenig angenehmen Betrachtungen anregt. Von den vorwiegend katholischen Großstädten des deutschen Reiches sind München und Mainz diejenigen, auf welche die Zentrumspartei als solche mit der geringsten Befriedigung hinblicken kann. Beide waren während mehrerer Legislaturperioden durch hervorragende Mitglieder der Zentrumspartei vertreten und sind heute in sozialdemokratischem Besitz. Wenn die Zentrumspartei — übrigens mit vollstem Recht (!?) — darauf hinweist, daß sie auch die großen Städte gegen den sozialdemokratischen Ansturm zu halten verstehe, während die Großstädte mit überwiegend protestantischer Bevölkerung nahezu ausnahmlos der Sozialdemokratie anheimgefallen sind, so machen die Gegner in der Regel eine Handbewegung nach München und Mainz hin, welche beiden Städte allerdings unliebsame Ausnahmen bilden. Soll das so bleiben?

Die Verhältnisse des Wahlkreises Mainz-Oppenheim sind schwierig, schon weil derselbe einen sehr starken Prozentsatz protestantischer Bevölkerung hat. Aber der Wahlkreis ist doch thatsächlich in den Händen des Zentrums gewesen. Und überhaupt hat Mainz in der katholischen Bewegung eine sehr ehrenvolle Vergangenheit gehabt. Wir brauchen nur an die Namen Ketteler, Heinrich, Moufang, Haffner zu erinnern, die so lange glänzende Mittelpunkte der Generalversammlungen der deutschen Katholiken gebildet haben und von denen in Wort und Schrift so viel fruchtbare Anregung ausgegangen ist. Auch sonst hat es in Mainz an hervorragenden katholischen Persönlichkeiten nicht gefehlt, welche weit über den Rahmen der Stadt hinaus vortrefflich gewirkt haben.

Ebenso unverkennbar aber ist, daß die Zentrumspartei seit einigen Jahren in Mainz in starkem Rückgange sich befindet und eine Stellung nach der anderen verloren hat. Nicht nur hat sie die erste Stelle nicht behauptet, sie ist sogar auf die dritte zurückgedrängt worden. Die Gründe für diesen Rückgang wollen wir heute angesichts der Wahl nicht im einzelnen untersuchen; so viel ist aber gewiß, wo eine Partei derart von der Höhe herabgestiegen ist, wie die Mainzer Zentrumspartei, da kann sie selbst nicht ohne alle Schuld sein.

Wenn wir die Verhältnisse richtig beurteilen, so laboriert die Mainzer Bevölkerung an einer gewissen Hinneigung zu einem verschwommenen Radikalismus, dessen Pflege oder doch schonende Behandlung in letzter Linie der Sozialdemokratie zu gute kommen mußte und zu gute gekommen ist. Schon unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes fühlte sich die Sozialdemokratie in Mainz derart, daß sie gradezu terroristisch auftrat. Wenigstens erinnern wir uns einer Reichstags-Wahlkampagne, in welcher die Sozialdemokraten — dieselben Leute, welche über Beeinträchtigung der bürgerlichen Freiheit durch das gegen sie gerichtete Ausnahmegesetz klagten — die Wählerversammlungen der Zentrumspartei sprengten, so daß nur eine einzige solche Versammlung zu stande kam, in welcher zahlreiche Gensdarmen mit aufgepflanztem Bayonnett die Versammlungsfreiheit gegen die Sozialdemokratie schützen mußten." (Das ist eine Unwahrheit. Allerdings sind Versammlungs-„Sprengungen" vorgekommen, aber lediglich infolge der Unterdrückung der Redefreiheit durch ultramontane Versammlungleiter. Und

Thatsache ist, daß des öfteren unsere Genossen von den Ultramontanen insultiert worden sind. Red. d. „Volksw.“).

Das Blatt meint schließlich: „Es wäre an der Zeit, daß alle, welche guten Willens sind, sich zusammenschließen, um das verlorene Terrain wieder zu erobern und bei der bevorstehenden Wahl ein Ergebnis zu erzielen, welches sich sehen lassen kann. Dazu bedarf es aber rechtzeitiger, umsichtiger, tüchtiger Arbeit, bei der namentlich auch dem Mainzer Preß-Organ der Zentrumspartei eine wichtige Aufgabe zufällt.

Wenn je, so erscheint doch der gegenwärtige Augenblick „günstig“.“

Die „Köln. Volksztg.“ sucht ihren Lesern nur Sand in die Augen zu streuen. Thatsache ist, daß seit der Wahl von 1887 das Zentrum ebenso stetig zurückgegangen, wie die Sozialdemokratie gewachsen ist. Bei den Wahlen von 1887, 1890 und 1893 sind fürs Zentrum abgegeben 8112, 6376, 5351 Stimmen abgegeben; dagegen für die Sozialdemokratie 5526, 7910, 8965. Mag es also die Zentrumspartei mit ihrem „günstigen“ Augenblick versuchen.

Aus dem Auslande.

Türkei. Zur Lage auf Kreta meldet die „Times“ aus Kanea, daß die christlichen Deputierten ihre Zufriedenheit mit den vom Sultan bewilligten Reformen ausgedrückt hätten. Sie hätten Boten an die Aufständischen entsandt, um sie zu bewegen, die Entscheidung der Mächte anzunehmen und die Feindseligkeiten einzustellen. Die Botschafter beschlossen in ihrer am Mittwoch Abend erfolgten Besprechung, wegen der jüngsten Vorfälle auf Kandia mündliche Kollektivvorstellungen durch den Dragoman der österreichisch-ungarischen Botschaft machen zu lassen. Sonntag und Montag fanden auf Kreta einige Zusammenstöße statt, und zwar sowohl im Distrikt Herakleion, wie in der Provinz Selino. Einige fremde Schiffe, darunter ein französisches, sind vor Herakleion eingetroffen.

Der Großhändler Allatini von Saloniki hatte die Lieferungen für die türkischen Truppen auf Kreta wegen großer Zahlungsrückstände eingestellt. Der hierdurch eingetretene Proviantmangel nötigte die Truppen, sich in die drei Hauptorte der Insel zurückzuziehen. Mit Mühe konnten in diesen Tagen 10 000 Pfund als Abschlag gezahlt werden.

Spanien. Der Aufruhr auf den Philippinen tobt weiter. Nach einer amtlichen Depesche aus Manila hat zwischen den spanischen Truppen und den Aufständischen bei Baccor ein Zusammenstoß stattgefunden, bei welchem die Aufständischen mit einem Verlust von 14 Toten zurückgeworfen wurden. — In Bulacan, Pampango und Batangas machen sich ebenfalls Anzeichen einer Erhebung erkennbar.

In der Deputiertenkammer richteten die karlistischen Deputierten Anfragen bezüglich der Philippinen an die Regierung. Ein Deputierter warf der Regierung Unvorsichtigkeit vor, da die Verschwörung auf den Philippinen schon seit zwei Jahren gemeldet war. Die Haltung des Generalgouverneurs Blanco sei ebenso tadelnswert wie diejenige Callejas auf Kuba. — Der Kriegsminister verteidigte den General Blanco und fügte hinzu, die Regierung habe die Truppen auf den Philippinen verstärkt.

Afrika. Die kongostaatliche Aktion gegen den Mahdi kann nicht mehr in Abrede gestellt werden. In den englischen militärischen Kreisen herrscht heute kein Zweifel mehr darüber, daß die Zusammenziehungen der Streitkräfte des Kongostaates an der nordöstlichen Grenze desselben im Einvernehmen mit dem Londoner Foreign Office erfolgt ist. Zwischen London und Brüssel sind während mehrerer Wochen Korrespondenzen über die Dongola-Expedition gewechselt worden.

Parteinachrichten.

Abg. Liebknecht hat, wie dem „Hamb. Korresp.“ aus London geschrieben wird, aus Offenbach ein Manifest an die englischen Parteigenossen gerichtet, in welchem sich folgende Stelle findet: „Wahrhaftig“, schreibt er, „wenn die Bevollmächtigten des internationalen proletarischen Kongresses bereits im Besitze der Macht wären, die sie bald besitzen werden, so hätte der Londoner Kongreß in einigen Tagen, ja, in einigen Stunden, nicht allein die unsagbare orientalische Frage, sondern auch die Dutzende anderer, mehr oder weniger brennenden Fragen zur Befriedigung aller ehrlichen Männer und Frauen gelöst.“ Als solche Fragen bezeichnet Liebknecht, außer „den armenischen, mazedonischen, bulgarischen und kretischen Streitigkeiten und Gräueln, die elsaß-lothringische Frage, die egyptische, die abessinische, die polnische, die französisch-italienische, die irische, die magyarische und slavische Frage u. s. w. u. s. w.“ Wer denkt da nicht, so bemerkt der „Hamb. Korresp.“ dazu, an den berühmten Redner, der erklärte: „Wir müssen heute Abend die soziale Frage lösen, und wenn wir die ganze Nacht darüber aufzubleiben hätten?“

Die „Freis. Ztg.“, der wir diese Notiz entnehmen, giebt natürlich diesem geistreichen Witz ihre volle Zustimmung, und wir sind überzeugt, daß die Albernheit ihren Rundgang durch die gesamte bürgerliche Presse antreten wird. Die Leutchen sehen natürlich nicht oder wollen nicht sehen, daß die von Liebknecht aufgezählten Fragen alles Fragen des Kapitalismus sind, welche, sobald die soziale Frage gelöst ist, d. h. sobald die Sozialdemokratie die politische Macht erobert hat, sich ganz von selbst lösen lassen.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 4. September.

— **Zum Tode des Stolte** erfährt das „Tageblatt“, daß „die amtliche Untersuchung nichts für die Annahme ergeben hat, daß der Heuerling Stolte durch Erschlagen seinen Tod gefunden hat.“ Im Uebrigen bestätigen sich unsere Angaben.

— **Beleuchtung von Treppen und Hausfluren.** Bei dem zeitigeren Eintritt der Dunkelheit ist daran zu erinnern, daß die Hauswirte die Verpflichtung haben, Treppen und Hausflure zu beleuchten. Nach einer neuern Entscheidung der oberen Gerichte muß die Beleuchtung eine so ausreichende sein, daß z. B. bei Treppen mit Absätzen jeder Absatz genau zu erkennen ist. Unfälle, welche durch eine Vernachlässigung dieser Vorschrift entstanden sind, machen den Verpflichteten voll und ganz ersatzpflichtig.

— **Ein Gauner,** welcher sich Former Wilhelm Adolf Schlüter nannte und aus Magdeburg sein wollte, nahm hier, Düppelstraße 2, am Montag Logis und verschwand tags darauf heimlich, nachdem er seinem Logiskollegen eine silberne Cylinderuhr mit Kette entwendet hatte. Die Uhr, im Werte von ca. 20 Mark, trägt innen eingraviert den Namen A. Böttcher. Die Kette ist glatt von vernickeltem Messing mit einigen Steinen. Der Gauner ist 29 Jahre alt und 1,60 Meter groß, hat dunkles Kopfhaar und starken dunklen Schnurrbart, ist von gesetzter Statur und hat an der rechten Backe ein erbsengroßes Muttermal, sowie über dem rechten Auge eine Beule. Der etwaige Käufer der Uhr wolle sich im Kommissariat an der Turnerstraße melden.

— **Polizeiliches.** In das Polizeigefängnis hierselbst wurde gestern Abend der russische Staatsangehörige Gottlieb Riger mittelst Gendarmtransports von Herford übergeführt. Ueber diesen Verbrecher, dessen Strafthat hier noch nicht bekannt ist, wird demnächst Verfügung getroffen werden. — Verhaftet wegen Diebstahls wurde Mittwoch Nachmittag in der Bahnhofstraße der auf Wanderschaft sich befindende Ofensetzer St. aus Friedrichshagen, weil er einem Reisegefährten in der Herberge bei Kahl 20 Mark entwendet hat. Beide hatten vorher in verschiedenen Wirtschaften gemeinschaftlich gezecht und war die Zeche von dem Bestohlenen bezahlt worden. Der Dieb hatte bei seiner Festnahme von dem gestohlenen Gelde noch 18,60 Mk. in seinem Besitze. (W. Z.)

Gütersloh, 3. September. Mit dem unschuldigsten Gesicht von der Welt bot hier am Dienstag ein Fremder auf der Herberge zur Heimat dem Hausvater seine Taschenuhr an gegen eine geringe Entschädigung, um wenigstens nach Dortmund zu kommen, wo er Arbeit angenommen. Der Hausvater, nichts Böses ahnend, gab dem Manne 3 Mark, mußte aber noch spät in der Nacht erfahren, daß die Uhr in Brackwede gestohlen; der Bestohlene hatte sich nämlich sofort auf den Weg nach hier gemacht und mit Hilfe der Polizei gelang es ihm denn auch, wieder in den Besitz der ihm gestohlenen Uhr zu kommen.

Alstaden, 1. Sept. Eine entsetzliche Bluthat wurde im benachbarten Meiderich verübt. Die Ehefrau des auf der Zeche Alstaden beschäftigten Bergmannes Schula tötete am Dienstag vergangener Woche mit Hilfe eines holländischen Kostgängers, mit dem sie in engeren Beziehungen stand, ihren Ehemann und warf die Leiche alsdann in die Emscher. Erst am Samstag wurde dieselbe aufgefunden. Der flüchtigen Gattenmörderin war man bald auf der Spur; dem Vernehmen nach ist dieselbe in Bremen, wo sie sich einschiffen wollte, verhaftet worden, samt ihrem sauberen Begleiter.

Gerichtliches.

** **Bielefeld,** 2. Sept. Strafkammer. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Löher. Vertreter der Staatsanwaltschaft: Assessor Butz. — Der Handarbeiter Heinrich Linnenbrügger aus Senne I, zur Zeit in Untersuchungshaft, fünfmal wegen Diebstahls vorbestraft, darunter einmal mit 2½ Jahren und ein andermal mit 3 Jahren Zuchthaus, ist geständig, zu Anfang d. Js. seinen Mitknechten zu Altenhagen und Steinbrünndorf ihre Kleidungsstücke und eine Uhr gestohlen zu haben. Er erhält wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle, und zwar in 3 Fällen, 1 Jahr und 6 Monate Zuchthaus. Wegen seiner vielen Vorstrafen werden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf 2 Jahre aberkannt und die Stellung unter Polizeiaufsicht ausgesprochen. — Wegen schweren Diebstahls stand unter Anklage der unverehelichte Arbeiter Staugard von hier. Der Gerichtshof erkannte gegen ihn unter Annahme mildernder Umstände auf 3 Monate Gefängnis. — Die Berufung des Ziegeleiarbeiters August Loheide zu Altenhagen, welcher vom hiesigen Schöffengericht wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 50 Mark ev. 10 Tagen Gefängnis verurteilt ist, wird als unbegründet verworfen. — Das hiesige Schöffengericht hatte den Feilenhauer Fritz Mohrmann zu Bielefeld wegen Hausfriedensbruchs zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. Die von dem Angeklagten gegen dieses Erkenntnis eingelegte Berufung wird ebenfalls verworfen. — In nicht öffentlicher Sitzung wird gegen die Plüschweberin Auguste Steinmeyer aus Heepen, welche in der letzten Schwurgerichtsperiode wegen Kindesmordes zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, wegen Verbrechens gegen das keimende Leben verhandelt. Sie erhält eine Zusatzstrafe von 2 Monaten Gefängnis. Der mitangeklagte Plüschweber Fritz Becker aus Bechterdissen, der unter der Anklage der Beihilfe zu diesem Verbrechen steht, wird freigesprochen. — Der Kaufmann Oswald Seegert aus Berlin, welcher trotz seines Alters von 18 Jahren wiederholt wegen Diebstahls vorbestraft ist und zur Zeit wegen Diebstahls eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren und 60 Tagen verbüßt, hatte sich unter Vorlegung gefälschter Führungsatteste in Lübbecke eine Stellung zu verschaffen gewußt, welche er schon nach einigen Tagen unter Mitnahme von einem Paar Stiefel aufgab. Er ist Dieb im wiederholten Rückfalle und erhält in anbetracht seines offenen Geständnisses eine Zusatzstrafe von 2 Monaten Gefängnis. — Die Ehefrau des Arbeiters Gottlieb Spilker, Helene geb. Vinke zu Wistel, vorbestraft wegen Betruges, hat zu Herford den Versuch gemacht, sich Waren auf einen gefälschten Zettel zu erschwindeln. In einem Falle ist ihr der Schwindel geglückt, die Ware aber kurz darauf, als man aufmerksam geworden war, wieder abgenommen worden. Der Gerichtshof hält sie trotz ihres hartnäckigen Leugnens für überführt und verurteilt sie wegen eines vollendeten Betruges, zweier Betrugsversuche und qualifizierter Urkundenfälschung zu 6 Monate Gefängnis.

** **Bielefeld,** 2. Septbr. Schöffengericht. Vorsitzender: Gerichtsassessor Schmith. — Der Fleischergeselle Friedrich Seele zu Bielefeld hat sich in der Nacht zum 14. März an der Jöllenbeckerstraße einer Sachbeschädigung dadurch schuldig gemacht, daß er aus einem Lattenzaune eine Latte abgebrochen hatte. Er wird dieserhalb zu der geringen Strafe von 3 M. ev. 1 Tage Gefängnis verurteilt. — Der domizillose Arbeiter aus Plesitz, wegen Bettelns wiederholt vorbestraft, wird wegen Bettelns zu 3 Wochen Haft verurteilt und nach verbüßter Strafe der Landespolizeibehörde überwiesen. — Der Schlachtermeister Eduard Winter zu Bielefeld hat gegen das Reichsgesetz vom 12. November 1895 verstoßen, indem er ein Rotlauf erkranktes Schwein auf den hiesigen Schlachthof einführte. Das Urteil lautete auf 10 Mk. Geldstrafe bezw. 2 Tage Haft. — Wegen verleumderischer Beleidigung ist als Privatbeklagter angeklagt der Handelsmann Ferdinand Bürmann aus Stift Schildesche. Wegen der Schwere der Beleidigung erhält er eine Geldstrafe von 50 Mk. bezw. 10 Tage Gefängnis. — In zwei weiteren Fällen wird auf Freisprechung erkannt. Andere Sachen werden vertagt.

Kunst und Litteratur.

Von der **„Neuen Zeit“** ist soeben das 49. Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ueber die Kamarilla. — Von der Markscheide zweier Künste. Von Albinus. — Die revolutionären Studenten in Frankreich während der Restauration und der Juli Monarchie. Von L. Héritier. (Schluß.) — Die Chlorkalk-Arbeiter. Von Heinrich Vogel. — Litterarische Rundschau. — Feuilleton: Das Ende vom Liede. Eine Geschichte von Konrad Telmann. (Schluß.)

Vermischtes.

Bei einer Aether-Explosion im Materialwarengeschäft in der Obervorstadt von Allenstein wurde am Dienstag Vormittag das Haus vollständig zertrümmert. Nach den bisherigen Ermittelungen wurde eine Person getötet, neun sehr schwer und viele leicht verletzt.

Ein Sonderzug mit Rennpferden, der von Halle nach Berlin fuhr, ist Dienstag Früh 5 Uhr 51 Minuten in Bitterfeld dem ausfahrenden Güterzuge 706 nach Leipzig am Südende des Bahnhofs bei Bude W 7 trotz Haltesignals in die Flanke gefahren, wobei acht Wagen und eine Lokomotive beschädigt und hiervon sechs Wagen entgleist sind. Personen wurden nicht verletzt. Der Zug mit Rennpferden wurde nicht beschädigt. Der Verkehr wird durch eingleisigen Betrieb zwischen Bitterfeld und Roitzsch und Delitzsch aufrecht erhalten.

Quittung

Für die im Ausstande befindlichen Arbeiter gingen ein:

Bereits quittiert	22 124,29	M.
Aus Münster, Liste 203	4,90	„
Summa	22 129 19	M.

Bruno Schumann, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Oeffentliche Versammlung

der Klempner und Kupferschmiede sowie verwandter Berufsgenossen

am Sonnabend, den 5. September, abends 8½ Uhr,

im Lokale des Herrn **Tuxhorn,** Turnerstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen G. Slomke. 2. Wie stellen sich die Klempner zu einer Lohnbewegung im nächsten Jahre. 3. Wahl eines Vertreters zum Gewerkschaftskartell. 4. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig. Die Meister sind besonders dazu eingeladen. [2120

Der Einberufer.

Sozialdemokratischer Verein
für **Brackwede** und Umgegend.
Sonnabend, den 5 Septbr., abends 8½ Uhr:
Mitgldr.-Versammlung
im Lokale des Herrn Wehmeier.
Tagesordnung im Vereinslokal.
Um zahlreichen Besuch bittet
2148 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Verein
für Gadderbaum u. Umgegend.
Sonnabend, den 5. Septbr., abends 8½ Uhr:
Mitgldr.-Versammlung
im Lokale des Herrn **H. Wellmann.**
Tagesordnung im Lokal.
Wegen der Wichtigkeit derselben darf kein Mitglied fehlen. [2143
Der Vorstand.

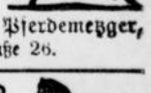
Sektion der Feilenarbeiter, -Hauer u. verw. Berufsgen.
Sonntag, den 6. d. M., morgens 10 Uhr:
Versammlung
im Lokale des Herrn **Wellmann.**
Tagesordnung daselbst. [2152
Die Restanten werden ersucht, ihre Beiträge zu entrichten.
Die Ortsverwaltung.

Allgem. Arbeiter-Verein
für Schildesche u. Umgeg.
Sonntag, den 6 September,
nachmittags 4 Uhr:
Mitgldr.-Versammlung
im **Hellingskrug.**
Tagesordnung: Hebung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder, Bücherwechsel und Verschiedenes. [2142
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Achtung! Herford!
Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Sonnabend, d. 5. September, abends 9½ Uhr:
Mitgldr.-Versammlung
im Lokale des Herrn **Ströter.**
Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. 2. Vortrag des Genossen **Hoffmann** „Die Zukunft der deutschen Gewerkschaften.“ 3. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch bittet
2141] **Der Bevollmächtigte.**

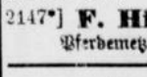
Spezialität: 2089
Kranken-Weine.
Rob. Helsper.

Kaufgesuch.
Gut erhaltene Herren- u. Damen-Kleidung, Schuhe u. Stiefel, Jagdartikel, Möbel, sowie Gold- u. Silbersachen kauft u. verkauft [2151*
E. Galling, Rosenstr. 7.

Heute ausnahmsweise
dickfettes Pferd
geschlachtet.

F. Ottensmann, Pferdemetzger,
2146*] Rosenstraße 26.

Ein dickfettes **Pferd** und ein fünf Monate altes **Fohlen** geschlachtet.

2147*] **F. Hildebrandt,**
Pferdemetzger, Kronenstr. 10.


Diese Woche zwei **Pferde** geschlachtet, ausnahmsweise dickfettes Fleisch empfiehlt
A. Teckemeier.
2145*] Pferdemetzger, Siegfriedstr. 11.

Amme sofort gesucht.
Fr. Tappe, Bielefeld,
2150*] Güterstr. 13.

Billigste, jedoch feste Preise! Streng reelle koulante Bedienung.

Gebr. Gottschalk

Niedernstraße 29. En gros. **Bielefeld.** En detail. Niedernstraße 29.

Für die Herbst-Saison sind sämtliche

Neuheiten

eingetroffen und empfehlen wir in größter Auswahl **Regenmäntel, Jacketts, Capes, Golf-Capes, Kragen, Kindermäntel, Kinderkleidchen, Blousen** 2c.

Kleiderstoffe

schwarz und farbig, in den schönsten und neuesten Dessins, nur anerkannt solide und beste Fabrikate.

Gardinen und Rouleauxstoffe

crême und weiß, recht schöne neue Dessins, besonders vorteilhaft.

Herren- und Knaben-Garderobe

Anzüge, Paletots, Pelerinen-Mäntel, Hosen, Westen, Jacketts, außerordentlich solide und gut gearbeitet, zu unbedingt billigsten Preisen.

Buxkin und Paletotstoffe

in- und ausländischer Fabrikate.

Anfertigung eleganter Herren-Garderobe nach Maß
auf eigener Werkstatt. Für **guten Sitz und Arbeit** übernehmen weitgehendste Garantie.

Bettbarchend, Bettmöbel, Bettfedern und Daunen
nur anerkannt solide und beste Fabrikate.

Gebr. Gottschalk.

2149

Faltenhemden, Vorhemden, Kragen, Manschetten.

Lieferung ganzer Braut-Ausstattungen.

Großes Lager Damenwäsche, Corsetts, Handschuhe 2c.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffnete ich **Bürgerweg 40,** im Hause des Herrn Schuhmachermeisters H. Landwehr, ein

Tapezier- und Dekorations-Geschäft.

Langjährige Thätigkeit in dieser Branche setzen mich in den Stand, jeden Wunsch meiner Auftraggeber, auch Reparaturen und Modernisieren alter Möbel, zur vollsten Zufriedenheit bei billigster Preisberechnung auszuführen. 2130

Indem ich mich bei Bedarf bestens empfohlen halte, zeichne hochachtungsvoll

Heinr. Hollmann.

Landhäuser's
Cravatten-Fabrik-Niederlage
Steinstrasse 2, am Neumarkt.
empiehlt feinste
Neuheiten
der Saison zu Fabrikpreisen.
Cravatten werden in jeder Form billigst angefertigt. [2144

Achtung! **Bünde!**

Öffentl. Bauhandwerker-Versammlung

am Sonntag, den 6. September, nachmittags 3 Uhr,
im Lokale des Herrn **Nübels Nachfolger.**
Referent: Genosse **Gilsbach** aus Köln.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht [2140

Der Einberufer.

Verkauf nur gegen Barzahlung.

Wegen Geschäftsaufgabe

gänzlicher Ausverkauf

sämtlicher fertiger Herren- u. Knaben-Kleider

zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.

Das Warenlager ist mit allen

Herbst- u. Winterneuheiten

in großer Auswahl assortiert.

Sommersachen

verkaufe zu jedem annehmbaren Preise. 2139

Anfertigung nach Maß, dem Ausverkauf entsprechend enorm billig und unter Garantie für tadellosen Sitz.

Das Geschäftslokal ist anderweitig vermietet. Ladeneinrichtung ist ganz oder teilweise zu verkaufen.

Christian Bächler,

32 Obernstr. 32, gegenüber den 3 Kronen.

Verkauf nur gegen Barzahlung.